

## BUDGETAUSBLICK 2021 und 2022

### Schnelleinschätzung des Büros des Fiskalrates

Das Büro des Fiskalrates erwartet für die Jahre 2021 und 2022 ein Budgetdefizit von 5,4% und 1,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dabei wird von einer deutlichen wirtschaftlichen Erholung (nominelles BIP-Wachstum von +6,6% und +7,7% für 2021 und 2022) ausgegangen. Trotz der erwarteten Budgetdefizite sinkt die Schuldenquote aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums in den Jahren 2021 und 2022 auf 82,3% bzw. 77,7% des BIP. Der deutlich negative Finanzierungssaldo 2021 ist vorrangig auf die weiterhin hohen Ausgaben infolge der wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Gesundheitskrise zurückzuführen. Die Verbesserung des Finanzierungssaldos gegenüber 2020 ist weitgehend vom sprunghaften Anstieg der Einnahmen um 14,4 Mrd Euro im Jahr 2021 getrieben, der den Vorjahresrückgang (10,6 Mrd Euro) deutlich übersteigt. Auch im nächsten Jahr führen das Auslaufen großer Teile der COVID-19-Hilfen für Wirtschaft und Haushalte und der – trotz Steuerreform – sehr dynamische Anstieg der Einnahmen im Umfang von 10,7 Mrd Euro zu einer weiteren deutlichen Verbesserung des Finanzierungssaldos. In Summe wird die budgetäre Belastung durch die Gesundheitskrise für die Jahre 2020, 2021 und 2022 mit 63,6 Mrd Euro geschätzt.

### Makrobild

Der makroökonomische Ausblick hat sich im Vergleich zum Frühjahr dieses Jahres deutlich aufgehellt und die aktuellen Prognosen wurden kräftig nach oben revidiert. Das WIFO erwartet aktuell für 2021 und 2022 ein nominelles BIP-Wachstum von 6,6% und 7,7% (WIFO-Märzprognose: +2,7% und +6,5%). Der Anstieg der Beschäftigung und Rückgang der arbeitslosen Personen entwickeln sich deutlich dynamischer als noch im Frühjahr erwartet. Dementsprechend sind die Kennzahlen der öffentlichen Finanzen weitaus positiver als zuletzt prognostiziert.

### Einnahmen und Ausgaben

Der Wirtschaftsaufschwung und das Auslaufen der COVID-19-Hilfen bestimmen vorrangig die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben. Die bereits erfolgte Tarifsenkung der Einkommensteuer und die neuen Maßnahmen der ökosozialen Steuerreform<sup>1</sup> ergänzen diese Entwicklung. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans (ARP) sind hingegen weitgehend saldoneutral.

Die Einnahmenentwicklung 2021 ist konjunkturbedingt von einer deutlichen Aufholbewegung geprägt. Der laufende Vollzug deutet auf eine kräftige Erholung des Aufkommens hin, speziell jener Steuern, die im Krisenjahr 2020 stark rückläufig waren: Körperschaft-, Kapitalertrag- und

veranlagte Einkommensteuer. Die verbesserte Beschäftigungslage und die kalte Progression lassen zudem das Lohnsteueraufkommen – trotz erfolgter Senkung des Eingangssteuersatzes – deutlich über das Vorkrisenniveau anwachsen, während das Aufkommen der Umsatzsteuer noch unterhalb des Wertes des Jahres 2019 zu liegen kommen wird. In Summe wird für heuer ein Einnahmewachstum gegenüber dem Vorjahr um 14,4 Mrd Euro erwartet.

Das Niveau der Staatsausgaben bleibt weiterhin hoch. Der starke Rückgang der Subventionen aufgrund des Rückgangs der Inanspruchnahme der Kurzarbeit wird u. a. durch einen weiteren Anstieg von COVID-19-Gesundheitsausgaben und Mehrausgaben im Rahmen des Härtefallfonds nahezu kompensiert. In Summe führt die Rückführung der COVID-19-Maßnahmen im Zuge der Gesundheitskrise im Jahr 2021 lediglich zu einem Ausgabenrückgang im Umfang von 1,5 Mrd Euro. Die außertourlichen Maßnahmen im Bereich der Pensionen führen – trotz der unterjährig geringen Zunahme an Alters- und Invaliditätspensionen – zu einem deutlichen Anstieg der Ausgaben um 2,2 Mrd Euro. In Summe erhöhen sich die Ausgaben, durch einen weiteren Rückgang der Zinsausgaben abgeschwächt, um 2,1% oder 4,6 Mrd Euro. Damit liegt das Ausgabenwachstum nur leicht über dem vor der Gesundheitskrise beobachteten 10-Jahresdurchschnitt von 2,2% (2010 bis 2019).

1 Darüber hinaus wurden die Verteilungswirkungen der ökosozialen Steuerreform vom Büro des Fiskalrates berechnet: Die untersten verfügbaren Haushaltseinkommen steigen demnach um knapp 2%, die obersten um knapp 1% im Jahr 2023 (siehe Pressemitteilung „Verteilungswirkung der ökosozialen Steuerreform auf private Haushalte“ vom 3.11.2021).

Für das Jahr 2022 wird ein weiterer überdurchschnittlicher Einnahmewachstum im Umfang von 10,7 Mrd Euro erwartet. Trotz Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer wirkt die geplante ökosoziale Steuerreform (v. a. wegen der Senkung von KV-Beiträgen und des 2. Lohnsteuerstufentarifs ab Mitte des Jahres) in Summe dämpfend auf die Einnahmenentwicklung.

Die budgetären Effekte der COVID-19-Maßnahmen werden im Jahr 2022 um 12,5 Mrd Euro weitgehend rückgeführt: Subventionen (Ausgaben für Kurzarbeit und COFAG-Maßnahmen für Unternehmen), Vorleistungen (COVID-19-Gesundheitsausgaben) und Teile der monetären Sozialleistungen (Härtefallfonds) und Transfers werden deutlich reduziert. Der im Rahmen der ökosozialen Steuerreform seitens der Bundesregierung beschlossene Klimabonus erhöht die Ausgaben 2022 erstmals um 1,25 Mrd Euro. Zusätzliche, zum Teil in der ökosozialen Steuerreform verankerte Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes wirken 2022 ebenso ausgaben-erhöhend. Der COVID-19-bedingte Rückgang der Ausgaben wird durch andere aktuelle und bereits in den Vorjahren verabschiedete wirtschaftspolitische Maßnahmen auf 2,9 Mrd Euro abgeschwächt. Insgesamt sinken die Gesamtausgaben 2022 um 4,0 Mrd Euro.

### Diskretionäre Maßnahmen

Maßnahmen (budgetäre Wirkung im Vorjahresvergleich*) in Mrd EUR	2020	2021	2022
Konjunkturbelebende und COVID-Maßnahmen	-18,7	2,2	12,5
Ökosoziale Steuerreform	0,0	0,0	-2,6
Weitere Maßnahmen	-4,7	-2,7	-0,8
<b>Insgesamt</b>	<b>-23,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>9,1</b>
Davon einnahmenseitig	-3,5	0,4	-1,0
Davon ausgabenseitig	-19,9	-0,8	10,1
<b>Insgesamt (in % des BIP)</b>	<b>-6,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>2,1</b>

\*) Negative Werte bedeuten eine Verschlechterung des Finanzierungssaldos.

Quellen: Budgetunterlagen und eigene Abschätzungen.

### Gesamtergebnis

In Summe errechnen sich für die Jahre 2021 und 2022 Budgetdefizite von 5,4% bzw. 1,6% des BIP. Trotz der Budgetdefizite führt das hohe Wirtschaftswachstum zu einem Rückgang der gesamtstaatlichen Schuldenquote von 83,2% im Jahr 2020 auf 82,3% des BIP im Jahr 2021 und auf 77,7% des BIP im Jahr 2022. Unterstützt wird diese Entwicklung v. a. durch die laufende Rückführung der Verbindlichkeiten der KA-Finanz AG

und die Auflösung der COVID-bedingten Steuerstundungen.

### Gesamtergebnisse

in % des BIP	2019	2020	2021	2022
Finanzierungssaldo	0,6	-8,3	-5,4	-1,6
Finanzierungssaldo (HHP)	0,6	-8,3	-6,0	-2,3
Staatsverschuldung	70,6	83,2	82,3	77,7
Staatsverschuldung (HHP)	70,6	83,2	82,8	79,1

Quelle: Statistik Austria, BMF und eigene Berechnung.

Im Vergleich zum Budgetpfad gemäß Haushaltsplanung (HHP) 2022 des BMF errechnet das Büro des Fiskalrates für 2021 und 2022 deutlich geringere Budgetdefizite.

### Budgetäre Effekte der COVID-19-Pandemie

Der Gesamteffekt der COVID-19-Pandemie auf die öffentlichen Haushalte geht über die direkten Kosten der Unterstützungsmaßnahmen hinaus und beinhaltet auch die indirekt durch den Wirtschaftseinbruch ausgelösten fiskalischen Effekte (v. a. Abgabenausfälle und erhöhte Ausgaben für Sozialtransfers). Um das Gesamtausmaß der budgetären Belastung zu quantifizieren, wurde die aktuelle Schnelleinschätzung mit einer konterfaktischen Schätzung ohne COVID-19-Pandemie, auf Basis der WIFO-Makroprognose vom Dezember 2019, verglichen. Laut dieser Schätzung ergibt sich eine Belastung der Finanzierungssalden 2020, 2021 und 2022 von 34,4, 23,3 und 6,0 Mrd Euro. Die bisherige kumulierte Gesamtsumme beträgt 63,6 Mrd Euro.

### Budgetäre Effekte COVID-19-Pandemie

Budgetärer Effekt der COVID-19-Pandemie auf Finanzierungssaldo pro Jahr	in Mrd EUR			in % des BIP <sup>1)</sup>		
	2020	2021	2022 <sup>2)</sup>	2020	2021	2022
Diskretionäre Maßnahmen <sup>2)</sup>	-18,7	-16,5	-4,0	-4,9	-4,1	-0,9
einnahmenseitig	-1,5	-0,8	-1,2	-0,4	-0,2	-0,3
ausgabenseitig	-17,2	-15,7	-2,8	-4,5	-3,9	-0,6
Makroökonomischer Schock	-15,7	-6,8	-2,0	-4,1	-1,7	-0,5
einnahmenseitig <sup>3)</sup>	-14,8	-6,6	-1,5	-3,9	-1,6	-0,3
ausgabenseitig	-0,9	-0,2	-0,6	-0,2	0,0	-0,1
<b>Gesamteffekt</b>	<b>-34,4</b>	<b>-23,3</b>	<b>-6,0</b>	<b>-9,1</b>	<b>-5,7</b>	<b>-1,4</b>

1) Gemessen in Prozent des BIP inkl. COVID-19-Pandemie. 2) Nur unmittelbare Maßnahmen in Zusammenhang mit COVID-19-Pandemie und Konjunkturstützung. 3) Inkludiert Steuerstundungen.

Quelle: Budgetunterlagen und eigene Berechnungen.